

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 475.16 / 11.11.2016**

## Den Kommunen geht es besser als vor fünf Jahren

Zum Kommunalbericht 2016 des Landesrechnungshofs sagt die kommunalpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Ines Strehlau**:

Der Kommunalbericht des Landesrechnungshofs macht deutlich, dass es den Kommunen heute besser geht als noch vor fünf Jahren. Sie profitieren von den hohen Steuereinnahmen, der Aufstockung des kommunalen Finanzausgleichs und vom kürzlich geschlossenen Kommunalpaket. So können viele Kommunen die gestiegenen Aufgaben bewältigen.

Wir freuen uns, dass der Landesrechnungshof das Finanzausgleichsgesetz in seiner Aufgabenorientierung positiv bewertet.

Genauso wie das Land stehen viele Kommunen, vor allem die kreisfreien Städte, vor der Herausforderung, ihren Haushalt zu konsolidieren und danach Schulden zu tilgen. Dafür braucht es eine Solidargemeinschaft aus Bund, Ländern und Kommunen mit einem gemeinsamen Altschuldentilgungsfonds, zum Beispiel aus frei werdenden Mitteln des Solidaritätszuschlags.

Das Land unterstützt die Kommunen massiv bei der Integration, wie beispielsweise durch die Integrationspauschale, die ausgeweitet wird und zukünftig auch Kinder und Familiennachzug umfasst.

Zudem investiert das Land kontinuierlich in die kommunale Kinderbetreuung. Der Landesrechnungshof spielt das Krippengeld gegen Betriebszuschüsse aus, dabei finden Entlastungen in allen Bereichen statt: Qualitätsverbesserungen, Investitionen und Elternbeiträge. Es bleibt eine Aufgabe, gleichzeitig mit diesen Maßnahmen den Ausgabenanteil der Kommunen im Blick zu behalten. Die Kitafinanzierung ist ein Dschungel.

Unterschiedliche Sozialstaffeln, Elternbeiträge und Finanzierungsbeziehungen führen zu großen Ungleichheiten im Land. Es wird eine Aufgabe in der kommenden Wahlperiode sein, hier zu einem in den Grundzügen gleichen System zu kommen.

Entscheidungen für die Rekommunalisierung von Stromnetzen werden von den Kommunen nicht allein aus betriebswirtschaftlichen Gründen getroffen. Es geht auch darum, Bürgerinteressen durchzusetzen und den Einfluss auf die Energieversorgung zu stärken.

Land und Kommunen stellen sich ihrer humanitären Verantwortung der Kita- und Krankenhausfinanzierung sowie der Altschuldentilgung gemeinsam. Das ist im Sinne der BürgerInnen, die immer gleichzeitig ein Teil ihrer Kommune und von ganz Schleswig-Holstein sind.

\*\*\*